



Spitzenverband

PRESSEMITTEILUNG

5. September 2012

Deeskalation und Verhandeln sind jetzt gefragt

Zum Abbruch der Honorarverhandlungen durch die Kassenärztliche Bundesvereinigung hat der Verwaltungsrat des GKV-Spitzenverbandes auf seiner heutigen Sitzung die folgende Erklärung verabschiedet:

Der Verwaltungsrat des GKV-Spitzenverbandes fordert die Vertreter der Ärzte auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und sich an die gesetzlich vorgegebenen Regeln zu halten. Gleichzeitig weist der Verwaltungsrat die heftige Kritik an den Krankenkassen und dem GKV-Spitzenverband als inhaltlich unbegründet und im Ton unangemessen zurück. Besonnenheit ist jetzt gefragt und nicht eine weitere Verschärfung durch die von einzelnen Ärztevertretern angedrohten Maßnahmen, die Kranke durch lange Wartezeiten oder durch Abweisung in Mitleidschaft ziehen wollen.

Der Erweiterte Bewertungsausschuss hat rd. 270 Millionen Euro mehr Honorar zugesagt. Damit ist in der letzten Woche erst einmal der Preis der ärztlichen Leistung festgelegt worden. Jetzt stehen weitere gesetzlich vorgesehene Verhandlungsrunden an. So muss noch über die Vergütung von zusätzlichen Leistungen der Ärzte und damit über eine weitere wesentliche Komponente des Honorars gesprochen werden. Höhere Honorare für Ärzte müssen dabei mit einer nachweislich höheren Versorgungsqualität für die Patientinnen und Patienten verknüpft sein. Die paritätische Selbstverwaltung der Krankenkassen erwartet von der ärztlichen Selbstverwaltung, verantwortlich mit den Beitragsgeldern der Versicherten und Arbeitgeber umzugehen. Die derzeit stabile Finanzsituation der gesetzlichen Krankenversicherung darf nicht zu ungerechtfertigten Honorarforderungen der Ärzte führen. Solche Begehrlichkeiten sind fehl am Platz.

Die Vertreter der Ärzteschaft haben sich mit den erstmals im März dieses Jahres geäußerten und völlig überzogenen Honorarerwartungen mit einem Plus von 3,5 Milliarden Euro selbst unter Druck gesetzt. Dies musste ihre Mitglieder zwangsläufig enttäuschen. Jetzt müssen die Ver-

Kontakt:

Florian Lanz
Pressestelle

Tel.: 030 206288-4200
Fax: 030 206288-84201

Presse@
gkv-spitzenverband.de

GKV-Spitzenverband
Mittelstraße 51
10117 Berlin

www.gkv-spitzenverband.de

handlungen – so wie es gesetzlich vorgesehen ist – fortgeführt werden. Der GKV-Spitzenverband war und ist hierzu ausdrücklich bereit. Die Eskalation der Auseinandersetzungen ist auch vor diesem Ablauf nicht nachvollziehbar.

Der Verwaltungsrat appelliert eindringlich an die Ärzteschaft: Deeskalieren, verhandeln und vor allem Patientinnen und Patienten behandeln.

Der GKV-Spitzenverband ist der Verband aller 145 gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen. Als solcher gestaltet er den Rahmen für die gesundheitliche Versorgung in Deutschland; er vertritt die Kranken- und Pflegekassen und damit auch die Interessen der 70 Millionen Versicherten und Beitragszahler auf Bundesebene gegenüber der Politik, gegenüber Leistungserbringern wie Ärzten, Apothekern oder Krankenhäusern. Der GKV-Spitzenverband übernimmt alle nicht wettbewerblichen Aufgaben in der Kranken- und Pflegeversicherung auf Bundesebene. Er ist der Spitzenverband Bund der Krankenkassen gemäß § 217a SGB V.



Spitzenverband

PRESSEMITTEILUNG

5. September 2012

Deeskalation und Verhandeln sind jetzt gefragt

Zum Abbruch der Honorarverhandlungen durch die Kassenärztliche Bundesvereinigung hat der Verwaltungsrat des GKV-Spitzenverbandes auf seiner heutigen Sitzung die folgende Erklärung verabschiedet:

Der Verwaltungsrat des GKV-Spitzenverbandes fordert die Vertreter der Ärzte auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und sich an die gesetzlich vorgegebenen Regeln zu halten. Gleichzeitig weist der Verwaltungsrat die heftige Kritik an den Krankenkassen und dem GKV-Spitzenverband als inhaltlich unbegründet und im Ton unangemessen zurück. Besonnenheit ist jetzt gefragt und nicht eine weitere Verschärfung durch die von einzelnen Ärztevertretern angedrohten Maßnahmen, die Kranke durch lange Wartezeiten oder durch Abweisung in Mitleidschaft ziehen wollen.

Der Erweiterte Bewertungsausschuss hat rd. 270 Millionen Euro mehr Honorar zugesagt. Damit ist in der letzten Woche erst einmal der Preis der ärztlichen Leistung festgelegt worden. Jetzt stehen weitere gesetzlich vorgesehene Verhandlungsrunden an. So muss noch über die Vergütung von zusätzlichen Leistungen der Ärzte und damit über eine weitere wesentliche Komponente des Honorars gesprochen werden. Höhere Honorare für Ärzte müssen dabei mit einer nachweislich höheren Versorgungsqualität für die Patientinnen und Patienten verknüpft sein. Die paritätische Selbstverwaltung der Krankenkassen erwartet von der ärztlichen Selbstverwaltung, verantwortlich mit den Beitragsgeldern der Versicherten und Arbeitgeber umzugehen. Die derzeit stabile Finanzsituation der gesetzlichen Krankenversicherung darf nicht zu ungerechtfertigten Honorarforderungen der Ärzte führen. Solche Begehrlichkeiten sind fehl am Platz.

Die Vertreter der Ärzteschaft haben sich mit den erstmals im März dieses Jahres geäußerten und völlig überzogenen Honorarerwartungen mit einem Plus von 3,5 Milliarden Euro selbst unter Druck gesetzt. Dies musste ihre Mitglieder zwangsläufig enttäuschen. Jetzt müssen die Ver-

Kontakt:

Florian Lanz
Pressestelle

Tel.: 030 206288-4200
Fax: 030 206288-84201

Presse@
gkv-spitzenverband.de

GKV-Spitzenverband
Mittelstraße 51
10117 Berlin

www.gkv-spitzenverband.de

handlungen – so wie es gesetzlich vorgesehen ist – fortgeführt werden. Der GKV-Spitzenverband war und ist hierzu ausdrücklich bereit. Die Eskalation der Auseinandersetzungen ist auch vor diesem Ablauf nicht nachvollziehbar.

Der Verwaltungsrat appelliert eindringlich an die Ärzteschaft: Deeskalieren, verhandeln und vor allem Patientinnen und Patienten behandeln.

Der GKV-Spitzenverband ist der Verband aller 145 gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen. Als solcher gestaltet er den Rahmen für die gesundheitliche Versorgung in Deutschland; er vertritt die Kranken- und Pflegekassen und damit auch die Interessen der 70 Millionen Versicherten und Beitragszahler auf Bundesebene gegenüber der Politik, gegenüber Leistungserbringern wie Ärzten, Apothekern oder Krankenhäusern. Der GKV-Spitzenverband übernimmt alle nicht wettbewerblichen Aufgaben in der Kranken- und Pflegeversicherung auf Bundesebene. Er ist der Spitzenverband Bund der Krankenkassen gemäß § 217a SGB V.



Spitzenverband

PRESSEMITTEILUNG

5. September 2012

Deeskalation und Verhandeln sind jetzt gefragt

Zum Abbruch der Honorarverhandlungen durch die Kassenärztliche Bundesvereinigung hat der Verwaltungsrat des GKV-Spitzenverbandes auf seiner heutigen Sitzung die folgende Erklärung verabschiedet:

Der Verwaltungsrat des GKV-Spitzenverbandes fordert die Vertreter der Ärzte auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und sich an die gesetzlich vorgegebenen Regeln zu halten. Gleichzeitig weist der Verwaltungsrat die heftige Kritik an den Krankenkassen und dem GKV-Spitzenverband als inhaltlich unbegründet und im Ton unangemessen zurück. Besonnenheit ist jetzt gefragt und nicht eine weitere Verschärfung durch die von einzelnen Ärztevertretern angedrohten Maßnahmen, die Kranke durch lange Wartezeiten oder durch Abweisung in Mitleidschaft ziehen wollen.

Der Erweiterte Bewertungsausschuss hat rd. 270 Millionen Euro mehr Honorar zugesagt. Damit ist in der letzten Woche erst einmal der Preis der ärztlichen Leistung festgelegt worden. Jetzt stehen weitere gesetzlich vorgesehene Verhandlungsrunden an. So muss noch über die Vergütung von zusätzlichen Leistungen der Ärzte und damit über eine weitere wesentliche Komponente des Honorars gesprochen werden. Höhere Honorare für Ärzte müssen dabei mit einer nachweislich höheren Versorgungsqualität für die Patientinnen und Patienten verknüpft sein. Die paritätische Selbstverwaltung der Krankenkassen erwartet von der ärztlichen Selbstverwaltung, verantwortlich mit den Beitragsgeldern der Versicherten und Arbeitgeber umzugehen. Die derzeit stabile Finanzsituation der gesetzlichen Krankenversicherung darf nicht zu ungerechtfertigten Honorarforderungen der Ärzte führen. Solche Begehrlichkeiten sind fehl am Platz.

Die Vertreter der Ärzteschaft haben sich mit den erstmals im März dieses Jahres geäußerten und völlig überzogenen Honorarerwartungen mit einem Plus von 3,5 Milliarden Euro selbst unter Druck gesetzt. Dies musste ihre Mitglieder zwangsläufig enttäuschen. Jetzt müssen die Ver-

Kontakt:

Florian Lanz
Pressestelle

Tel.: 030 206288-4200
Fax: 030 206288-84201

Presse@
gkv-spitzenverband.de

GKV-Spitzenverband
Mittelstraße 51
10117 Berlin

www.gkv-spitzenverband.de

handlungen – so wie es gesetzlich vorgesehen ist – fortgeführt werden. Der GKV-Spitzenverband war und ist hierzu ausdrücklich bereit. Die Eskalation der Auseinandersetzungen ist auch vor diesem Ablauf nicht nachvollziehbar.

Der Verwaltungsrat appelliert eindringlich an die Ärzteschaft: Deeskalieren, verhandeln und vor allem Patientinnen und Patienten behandeln.

Der GKV-Spitzenverband ist der Verband aller 145 gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen. Als solcher gestaltet er den Rahmen für die gesundheitliche Versorgung in Deutschland; er vertritt die Kranken- und Pflegekassen und damit auch die Interessen der 70 Millionen Versicherten und Beitragszahler auf Bundesebene gegenüber der Politik, gegenüber Leistungserbringern wie Ärzten, Apothekern oder Krankenhäusern. Der GKV-Spitzenverband übernimmt alle nicht wettbewerblichen Aufgaben in der Kranken- und Pflegeversicherung auf Bundesebene. Er ist der Spitzenverband Bund der Krankenkassen gemäß § 217a SGB V.



Spitzenverband

PRESSEMITTEILUNG

5. September 2012

Deeskalation und Verhandeln sind jetzt gefragt

Zum Abbruch der Honorarverhandlungen durch die Kassenärztliche Bundesvereinigung hat der Verwaltungsrat des GKV-Spitzenverbandes auf seiner heutigen Sitzung die folgende Erklärung verabschiedet:

Der Verwaltungsrat des GKV-Spitzenverbandes fordert die Vertreter der Ärzte auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und sich an die gesetzlich vorgegebenen Regeln zu halten. Gleichzeitig weist der Verwaltungsrat die heftige Kritik an den Krankenkassen und dem GKV-Spitzenverband als inhaltlich unbegründet und im Ton unangemessen zurück. Besonnenheit ist jetzt gefragt und nicht eine weitere Verschärfung durch die von einzelnen Ärztevertretern angedrohten Maßnahmen, die Kranke durch lange Wartezeiten oder durch Abweisung in Mitleidschaft ziehen wollen.

Der Erweiterte Bewertungsausschuss hat rd. 270 Millionen Euro mehr Honorar zugesagt. Damit ist in der letzten Woche erst einmal der Preis der ärztlichen Leistung festgelegt worden. Jetzt stehen weitere gesetzlich vorgesehene Verhandlungsrunden an. So muss noch über die Vergütung von zusätzlichen Leistungen der Ärzte und damit über eine weitere wesentliche Komponente des Honorars gesprochen werden. Höhere Honorare für Ärzte müssen dabei mit einer nachweislich höheren Versorgungsqualität für die Patientinnen und Patienten verknüpft sein. Die paritätische Selbstverwaltung der Krankenkassen erwartet von der ärztlichen Selbstverwaltung, verantwortlich mit den Beitragsgeldern der Versicherten und Arbeitgeber umzugehen. Die derzeit stabile Finanzsituation der gesetzlichen Krankenversicherung darf nicht zu ungerechtfertigten Honorarforderungen der Ärzte führen. Solche Begehrlichkeiten sind fehl am Platz.

Die Vertreter der Ärzteschaft haben sich mit den erstmals im März dieses Jahres geäußerten und völlig überzogenen Honorarerwartungen mit einem Plus von 3,5 Milliarden Euro selbst unter Druck gesetzt. Dies musste ihre Mitglieder zwangsläufig enttäuschen. Jetzt müssen die Ver-

Kontakt:

Florian Lanz
Pressestelle

Tel.: 030 206288-4200
Fax: 030 206288-84201

Presse@
gkv-spitzenverband.de

GKV-Spitzenverband
Mittelstraße 51
10117 Berlin

www.gkv-spitzenverband.de

handlungen – so wie es gesetzlich vorgesehen ist – fortgeführt werden. Der GKV-Spitzenverband war und ist hierzu ausdrücklich bereit. Die Eskalation der Auseinandersetzungen ist auch vor diesem Ablauf nicht nachvollziehbar.

Der Verwaltungsrat appelliert eindringlich an die Ärzteschaft: Deeskalieren, verhandeln und vor allem Patientinnen und Patienten behandeln.

Der GKV-Spitzenverband ist der Verband aller 145 gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen. Als solcher gestaltet er den Rahmen für die gesundheitliche Versorgung in Deutschland; er vertritt die Kranken- und Pflegekassen und damit auch die Interessen der 70 Millionen Versicherten und Beitragszahler auf Bundesebene gegenüber der Politik, gegenüber Leistungserbringern wie Ärzten, Apothekern oder Krankenhäusern. Der GKV-Spitzenverband übernimmt alle nicht wettbewerblichen Aufgaben in der Kranken- und Pflegeversicherung auf Bundesebene. Er ist der Spitzenverband Bund der Krankenkassen gemäß § 217a SGB V.